V-01-NEU-136

Für eine moderne und menschenrechtsorientierte Migrationspolitik in Deutschland und der Europäischen Union

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

1. Ordentlicher Länderrat 2023, 17. Juni 2023
Bad Vilbel

Antragsteller*in: Thomas von Sarnowski (KV Ebersberg)

Änderungsantrag zu V-01-Neu

Von Zeile 136 bis 137 einfügen:
Den Rufen nach einer stetigen Verlängerung und Ausweitung von stationären Kontrollen an den Binnengrenzen stellen wir uns entschieden entgegen. Sie stehen dem Schengener

Von Zeile 140 bis 144 einfügen:
verursachen enorme wirtschaftliche Schäden. Gerade für die Menschen in den Grenzregionen stellen die Kontrollen und damit verbundenen Staus und Zugverspätungen eine enorme Belastung dar, ebenso wie für die eingesetzten Polizist*innen. Gleichzeitig sind sie völlig ungeeignet, die Zahl der Asylanträge zu reduzieren, da Schutzsuchende nicht zurückgewiesen werden dürfen. Gegen Fälle mit besonders hoher krimineller Energie wie Waffenschmuggel oder Menschenhandel sind zielgenaue polizeiliche Aufklärung und mobile Grenzkontrollen ein wirksamerer Einsatz der knappen Ressourcen der Polizei.

Begründung

Wir sprechen nicht nur von einer Ausweitung an der polnischen und tschechischen Grenze, sondern von der seit 8 Jahren andauernden Realität an der Grenze zwischen Bayern und Österreich. In einsamen Entscheidungen verlängert Bundesinnenministerin Nancy Faeser die Grenzkontrollen alle sechs Monate immer wieder. Das wollen wir beenden, um die Menschen und die Wirtschaft in den Grenzregionen zu entlasten.

Stationionäre Grenzkontrollen stehen nicht nur dem europäsichen Gedanken entgegen, sind personalaufwändig und ineffizient, da überwiegend Fälle mit niedriger krimineller Energie registriert werden. Das klassische Beispiel: Ein Geflüchteter mit Wohnsitz in Salzburg und Aufenthaltstitel für Österreich, der wie alle Nachbar*innen zum Einkaufen ins deutsche Freilassing fahren will und dann in einem Verfahren wegen eines illegalen Grenzübertritts landet. Wirksamer wäre es, die knappen Ressourcen der Polizei auf Fälle mit hoher krimineller Energie zu verwenden.

weitere Antragsteller*innen

Sebastian Hansen (KV Würzburg-Land); Peter Heilrath (KV München); Lisa Badum (KV Forchheim)